

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

in Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 5. Fernsprecher: Hantsa 2447—51

Nr. 5

Hamburg, den 31. Januar 1919.

4. Jahrg.

Inhalt

Die Reichsfinanzen in Vergangenheit und Zukunft..	Seite 85	West-Afrika	Seite 95
Die Geldvermehrung in Deutschland, England und Frankreich.....	„ 87	Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Kriegseinwirkungen auf die Finanzen der Neutralen Staaten Europas.....	„ 89	Geld und Kapital.....	„ 97
Länder-Berichte:		Schifffahrt und Schiffbau.....	„ 98
England	„ 90	Rohstoffe und Warenmärkte.....	„ 99
Niederländisch-Indien.....	„ 92	Getreide und Futtermittel.....	„ 101
		Vermischtes	„ 102

(Nachdruck mit Genehmigung der Zentralstelle gestattet.)

Die Reichsfinanzen in Vergangenheit und Zukunft

Das Bild der Reichsfinanzen vor dem Kriege spiegelte den Zustand eines Landes, das reicher ist, als es wähnte, und ärmer, als es sich eingestand: reicher an materiellem Vermögen ärmer an Männern, die den Staat aufbauen und lenken. Industrie und Handel, Banken und Reedereien blühten von Jahrzehnt zu Jahrzehnt gewinnreicher auf. Die Bildung des Kapitals hielt mit der Ausdehnung des wirtschaftlichen Apparates kaum Schritt; denn eine breitanschwellende Vermehrung des Verbrauchs aller Schichten hemmte die Sammlung von Vermögen. Die Gefahr zerrüttender und wertezerstörender Wirtschaftskrisen schien durch Kartellherrschaft und Bankpolitik gebannt, die Verfassung der Volkswirtschaft straffer und haltbarer aufgerichtet als die irgend eines ausländischen Wettbewerbers. Wenig Wochen Arbeit genühten, um dem Staat zu geben, was des Staates war: die Einkommens-Summe der Volkswirtschaft wurde auf 40 Milliarden geschätzt, die Summe aller Bruttoausgaben von Reich, Staaten und Kommunen überstieg nicht 10 Milliarden. Durch Steuern war von diesem Betrag die Hälfte zu decken, davon für das Reich 21 für die Einzelstaaten 1,1, für die Kommunen 1,7 Milliarden. Das Heer erforderte von den Reichsausgaben ein Drittel: 871 Mill., die Flotte ein Zwölftel: 221 Mill., die Reichsschuld kaum ein Zehntel: 249 Mill. Der Gesamtbetrag der dauernden und schwebenden Reichsschuld erreichte noch im Herbst 1913 erst die Summe von kaum 5 Milliarden. Das sind alles Zahlen, die heut vielen so winzig dünken werden, wie Gulliver die Einrichtungen des Staates Liliput und so ersehenswert wie ein verlorenes Paradies.

Damals aber, in den Jahren vor dem Ausbruch des Krieges wurden diese Lasten als kaum noch erträglich empfunden. Bei jeder neuen Steuerforderung erhob sich ein verzweifelter Kampf zwischen Stadt und Land, mobilem und immobilem Kapital, Bürgertum und Arbeiterschaft, Reich und Bundesstaaten. Die Steuerquellen waren durch ungeschriebenes

Recht so zwischen den Steuergewalten verteilt, daß die steigerungsfähigsten Einnahmen den Einzelstaaten, die steigerungsbedürftigsten Ausgaben aber dem Reich zugefallen waren. So werden immer wieder vergebliche Versuche nötig, zwischen Ansprüchen und Notwendigkeiten einen dauerhaften Ausgleich zu schaffen, aber es bleibt bei einem Zerren hier, einem Zögern dort und bei einem in allen Klassen allgemeinen Gefühl ungleicher, unrechtmäßiger Verteilung der Lasten. Jeder glaubte sich benachteiligt; kaum einer, der nicht in dem Fiskus einen Feind sah, den es mit ungewöhnlichem Aufwand an List und Starrsinn zu besiegen galt. Wenn man sagt, das ganze Steuerwesen des Reiches habe damals weniger im Zeichen der Steuerpflicht als im Zeichen der Steuerabwälzung gestanden, so sind die Verhältnisse nur wenig übertrieben. Sobald dem Reichstag ein neues Steuerprojekt vorgelegt wurde, begann der Einzelne, der Stand, die Klasse zuerst einmal den Versuch, die Bürde auf die Schultern eines anderen abzuschieben. Es war ein Kampf aller gegen alle und dann noch einmal ein Kampf aller gegen den Fiskus. Man darf, nach den Ergebnissen jener Jahre, heute billig fragen, ob nicht der kämpferische Eifer sich besser auf die Ziele und Methoden der äußeren und inneren Politik selber als gegen die Details der Aufbringung der dazu erforderlichen Mittel gerichtet hätte. Es war aber das Kennzeichen der Zeit, daß sie mehr um den Schutz von Interessen bemüht als zur Übernahme politischer Verantwortungen willig war.

Aber auch in der Reichsregierung war keine gestaltende Kraft sichtbar; keine der sogenannten Reichsfinanzreformen konnte verhindern, daß unter dem, wie man annahm, unvermeidlich steigenden Druck der Rüstungslasten das Ungleichgewicht der Finanzen des Reiches zu einem dauernden Zustand wurde. Die Einzelstaaten hatten die einzigen Steuern, deren Erzielbarkeit sich leicht und ohne allzu große parlamentarische Widerstände steigern ließ (die Einkommens- und Vermögens-

steuern), mit guten, aber nicht entscheidenden Gründen ganz in Beschlag genommen. Die Vermehrung der dem Reich zufallenden indirekten Steuern wurde von Jahr zu Jahr schwieriger; die breiten Massen waren schon durch die wachsende Teuerung schwer belastet, zu finanzwirtschaftlichen Neuerungen aber, zur Schaffung von Finanzmonopolen und staatlichen Gewinnbeteiligungen würde schwerlich eine parlamentarische Mehrheit gewonnen worden sein. Vor die Frage gestellt, ob das Reich die Einzelstaaten zu einem billigen Interessenausgleich bestimmen und damit den Grund zu einem einheitlichen und organischen Aufbau des Gesamtsteuersystems legen, oder ob es sich weiter mit Flickwerk, Kompromiß und langsamer, uneingestandener Ausbreitung seiner Steuergewalt behelfen sollte, entschied das Reich sich für den zweiten Weg, getreu den allgemeinen Maximen der Reichspolitik in jenen unglücklichen Jahren des Lavierens und der Halbheiten. Man lächelte über jeden konstruktiven Gedanken, wich jedem Konflikt von weitem aus und beugte sich, unter dem Beifall aller derer, die eine Besteuerung ihres Einkommens und Vermögens durch ein nach demokratischen Grundsätzen gewähltes Parlament nicht billigten, vor jedem Einspruch der Einzelstaaten. Das Reich, äußerlich ein furchterregender Bau, innerlich für den Tiefersehenden schon ausgehöhlt durch Scheu vor tieferer Verantwortung und Kraft zu kühnerer Tat, ward, auch im Finanzpolitischen, immer mehr „Anbau an das Gewölbe der Einzelstaaten“, statt, wie es Bismarck wollte, „umfassende Wölbung, unter der die einzelnen Staaten in ihrer Gesamtheit wohnen.“ Es muß zur Verteidigung der Reichsleitung gesagt werden, daß sie auf ihrem bedenkliehen Wege wenig ernste Mahner gefunden hat, noch weniger solche, die die ganze Gewitterschwüle der Zeit erkannt und eine klare Entscheidung gefordert haben.

Der Krieg hat die Unhaltbarkeit der Lage weithin sichtbar gemacht; hier wie überall hat er die Gegensätze verschärft, die Spannungen bis zum Unerträglichen gesteigert. Wenn die Reichsfinanzen vorher in den Händen von Routiniers gewesen waren, so gerieten sie nun unter den Einfluß von Männern, die nicht zu hart als Spieler und Blinde beurteilt sind. Wer aber auch unter den Regierten hat das sprunghafte Anwachsen der Kriegskosten, der Zinsendienst-Verpflichtungen und der Papiergeldemissionen nicht als unabänderliches Datum fatalistisch hingenommen? Wie viele, früher besonnene, Männer sind nicht dafür eingetreten, die Deckung der Kriegsanzleihe-Zinsen erst nach Friedensschluß zu erörtern? Und als man endlich nach zwei Kriegsjahren dafür zu sorgen begann, daß die Zinsen nicht aus den Erträgen der Anleihen gezahlt werden müßten, war die Auswahl der neuen Steuern von dem gleichen Prinzip geleitet, das bisher für die deutsche Finanzpolitik maßgebend gewesen war: man zog es auch jetzt vor, sich auf der Linie des geringsten Widerstandes der Bundesstaaten und der Parteien zu bewegen. Man wagte sich zwar Schritt für Schritt an die Besteuerung des Kriegsgewinns, des Vermögenszuwachses, schließlich des nicht erheblich verringerten Vermögens und des Mehreinkommens. Da aber alle diese Steuern nicht das Produkt eines rationellen Ausgleichs zwischen Reich und Einzelstaaten, sondern einer Reihe von Fall zu Fall geschlossener Kompromisse waren, zu denen die Reichsleitung durch den Reichstag gedrängt worden war, ist ein verwickeltes und unübersichtliches System von An- und Überbauten entstanden, das im besten Falle als Notkonstruktion hingenommen werden kann. Daneben hat man einige indirekten Steuern, die ohne allzuviel Widerspruch erhöht werden konnten, erweitert und verstärkt, hat die Belastung des Nachrichten- und Eisenbahn-Transports gesteigert und die Panacee der Um-

satzsteuer hinzugefügt, die wegen der leichten Erhebbarkeit ihrer Sätze sich unter Steuerpraktikern und merkwürdigerweise auch unter Männern des Erwerbslebens großer Beliebtheit erfreut, und die in Wirklichkeit die volkswirtschaftlich unzweckmäßigste und sozial anfechtbarste aller indirekten Steuern ist. Der größere Teil dieser Steuern ist erst an der Schwelle des fünften Kriegsjahres bewilligt worden.

Man hat lange geglaubt, die deutsche Kriegsfinanzierung vorbildlich nennen zu dürfen; es wurde übersehen, daß die beispiellosen Anleiheerträge bei der zunehmenden Überschwehmung des Landes mit ad hoc geschaffenen Zahlungsmitteln, bei der fortschreitenden Verwandlung der Rohstoffe und Warenlager in flüssige Mittel und bei der Sperrung des Kapitalmarktes weniger wunderbar erscheinen mußte als es das nicht immer unaufdringliche Lob der Werbearbeit vermuten ließ. Man sah auch nicht, daß seit länger als einem Jahr die Steigerung der Anleiheerträge durchaus nicht mehr Schritt hielt mit dem Wachsen der Kriegskosten. Über Kriegsausgaben und Kriegseinnahmen sind nur die dürtigsten Angaben veröffentlicht worden. Die Voranschläge des Reichs enthalten fiktive Zahlen; sie setzen die Ergebnisse des letzten Vorkriegsjahres ein und übertragen die Posten des normalen Heeres- und Marine-Etats auf das Konto der Kriegskredite. Über die Steuereingänge der Jahre 1917 und 1918 liegt noch keine Nachweisung vor. Die Abrechnungen für 1914/16 zeigen gegenüber den Anschlägen erhebliche Fehlbeträge, zu deren Deckung die Kriegssteuer herangezogen werden muß, die ursprünglich zur Absonderung der Reichsschuld bestimmt war. Da einige Steuern, z. B. die Kohlensteuer und Frachtenabgabe für den Reichsfiskus während des Krieges bedeutende Lasten bringen, können sie auch nur rechnerisch als Deckung angesehen werden.

In England sind, wenn auch nicht 25 % wie es die englischen Aufstellungen glauben machen möchten, so doch nach einer Berechnung Prof. Dr. Prions, im letzten Jahre wenigstens 14,6 % der reinen Kriegsausgaben, neben dem Friedensordinarium und dem Schuldendienst, durch Steuern gedeckt. Auf diesem Felde sind wir von England schon geschlagen worden, bevor noch die Unglücksotschaften des vorigen Spätsommers eintrafen; geschlagen durch den gleichen Wahn, der uns auch auf dem Feld der allgemeinen Politik zum Verhängnis geworden ist: an eine deutsche Übermacht über jeden Feind zu glauben, an eine mechanische Notwendigkeit, die uns unbedingt zu entscheidendem Siege führen müsse, wenn nicht im ersten, dann im zweiten Jahr, dann im dritten, dann im vierten, dann im fünften. . . Geschlagen durch den Wahn, daß man auch nur die Möglichkeit einer Niederlage nicht in die politischen, moralischen und wirtschaftlichen Kriegsrechnungen einzustellen brauche. In diesem Irrglauben hat Deutschland alle Reserven, materielle und immaterielle, aufgebraucht und Bürden aufgetürmt, die nie zu dieser Höhe angewachsen wären, hätte man nicht immer wieder die Hoffnung geschürt, dem Feind die Last der silbernen Kugeln zuschieben zu können.

Und nun? und fortan? Das alte Reich ist gesprengt und niemand kann sagen, wieviel verschüttet ist. Heer und Flotte entwehrt, das Land der feindlichen Koalition preisgegeben, durch Zersplitterung und Klassenkampf, Verzweiflung und Wahn zerstört, gelahmt, entkräftet. Hinter uns der Krieg, schon fern, wenn wir an Heeresberichte und Versenkungszahlen denken, doch furchtbar und wirklich durch Kriegsanzleihen-Schuldendienst und Kriegs-Entschädigungspflicht gegen die feindliche Koalition in Gegenwart und Zukunft wirkend. Vor uns die Aussicht auf eine Umgestaltung aller binnenstaatlichen und zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen, der heute kaum erst der Boden bereitet werden kann.

Unser Wirtschaftsleben ist desorganisiert, der Betrieb stockt, weder Nahrung noch Arbeit sind gesichert. In unseren Rechnungen ist nicht ein einziger Posten verlässlich. Wir wissen nicht, wie groß unser Territorium und unsere Menschenzahl, unsere Bodenschätze und unsere Schifffahrt, unser Effektenbesitz und unsere Auslandsverschuldung nach dem Kriege sein wird. Wir kennen nicht die Bedingungen, unter denen es möglich sein wird, unseren Außenhandel aufzunehmen. Die soziale Schichtung und die wirtschaftliche Organisation wird von Grund auf verändert sein. Was für Anhaltspunkte können da die Zahlen der Vorkriegszeit noch gewähren? Wenn man feststellt, daß vor dem Kriege das Reich zwei Milliarden Mark Steuern und Zölle erhob, darunter 0,7 Milliarden Zölle, fast 0,7 Milliarden Aufwandssteuern und 0,37 Milliarden Verkehrssteuern, 1 Milliarde aber aus Erwerbsbetrieben zog, während die Kommunen und Einzelstaaten an Steuern 3 Milliarden einnahmen, davon die Hälfte aus direkten Steuern — so ist über die künftige Ergiebigkeit dieser Einnahmequellen damit so gut wie nichts ausgesagt.

Die Kriegskosten betragen nach der Angabe des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts 160—180 Milliarden; davon ergibt sich allein eine Zinspflicht von 8—9 Milliarden, während für Renten vermutlich 3 Milliarden aufgebracht werden

müssen, und die Erfordernisse der Auslandstribute, der Arbeitslosenunterstützung und des Retablisements gar nicht übersehen werden können. Nach Berechnungen, die im Frühjahr 1918 unter der Voraussetzung des Kriegsendes im Herbst aufgestellt worden sind, hätten das Reich 12, die Einzelstaaten und Kommunen 2 Milliarden mehr an Steuern aufzubringen als im Frieden; hierbei ist angenommen worden, daß die Vorkriegssteuern wiederum nicht weniger als 5 Milliarden erbringen.

Können solche Lasten von der deutschen Volkswirtschaft getragen werden? Es gibt darauf nur eine Antwort, die unlogisch aber zwingend ist: sie müssen getragen werden, wenn nicht das Wirtschaftsgebäude einstürzen soll. Werden die Kriegsankleihen entwertet, so reißt der totale oder partielle Staatsbankrott nicht nur die Masse kleiner Sparer, sondern auch die Industrieunternehmungen, Versicherungsgesellschaften und Sparkassen mit sich, denen die Übernahme der neuen Kriegsankleihen zur nationalen Pflicht gemacht worden war. Die Frage kann also nur heißen: wie können die Lasten getragen werden?

Von den Antworten, die auf diese Frage gegeben worden sind, wird ein zweiter Aufsatz zu handeln haben.

Kurt Singer

Die Geldvermehrung in Deutschland, England und Frankreich

Vor Jahresfrist haben wir in Nr. 5 des „W. D.“ vom 1. Februar 1918 den Versuch gemacht, die Geldvermehrung vom 31. 12. 1913 bis zum 31. 12. 1917 für Deutschland, England und Frankreich festzustellen. Seitdem ist die Inflation reißend fortgeschritten, so daß eine Ergänzung der Zahlen nach dem Stande vom 31. 12. 1918 sich als notwendig erweist.

Die folgende Tabelle zeigt die Vermehrung des Papiergeldes in Deutschland vom 31. 12. 1917 bis Ende 1918: (in 1000 M)

Reichsbankausweise.

	31. 12. 1917	31. 12. 1918	Zu- bzw. Abnahme
Umlaufende Noten.....	11 467 749	22 188 000	+ 10 720 251
Fremde Gelder.....	8 050 369	13 280 000	+ 5 229 631
Bestand an Noten anderer deutscher Banken....	674	3 000	+ 2 326
Bestand an Reichskassenscheinen nebst Darlehenskassenscheinen..	1 314 790	5 267 000	+ 3 952 210
Metallbestand.....	2 587 936	2 282 000	— 305 936
davon Gold.....	2 406 586	2 262 000	— 144 586
Wechsel, Schecks u. disk. Schatzanweisungen... 14 596 106	27 416 000	+ 12 819 894	
Lombardforderungen....	5 111	6 000	+ 889
Wertpapiere.....	89 161	156 000	+ 66 839
Darlehensbestand b. d. Darlehenskassen.....	7 373 700	15 626 000	+ 8 252 300

Danach nahmen die u m l a u f e n d e n N o t e n der Reichsbank im letzten Jahre um 10,72 Milliarden M. zu. Dieses Plus in einem einzigen Jahre ist um rund 1 1/2 Milliarde M. größer als die Vermehrung der im Verkehr befindlichen Noten in den vier vorausgegangenen Kriegsjahren (9 230 333 000 M. v. 31. 12. 1913 bis zum 31. 12. 1917) zusammen. Die Summe der umlaufenden Noten betrug am 31. 12. 1918 nahezu das Doppelte des Betrages von Ende 1917. Diese Tatsache allein würde genügen, um die Situation zu kennzeichnen.

Der Bestand der Reichsbank an Darlehenskassenscheinen und Reichskassenscheinen hat um 3 952 210 M. zugenommen. Dieser Zuwachs ist unbedenklich, da die Scheine

ja nicht in Verkehr sind, also auch nicht auf die Preise wirken können. Aber sie dienen als Unterlage für die Ausgabe von Reichsbanknoten und haben insofern doch vollen Anteil an der Inflation. Am 31. 12. 1918 waren 10,109 Mill. M. Darlehenskassenscheine im Umlauf, 3,724 Mill. M. mehr als am 31. 12. 1917.

Die Abnahme des gesamten Metallbestandes um 305,9 Mill., des Goldbestandes um 144,5 Mill. M. ist für unsere Untersuchung unerheblich. Die Summe, die auf Grund der Konzentration des Goldgeldes in der Reichsbank von der Inflationsziffer in Abzug zu bringen ist, haben wir bereits für Ende 1917 (a. a. O.) in Rechnung gestellt. Die Beträge an Goldgeld, die 1918 noch in die Reichsbank gelangt sein mögen, spielen demgegenüber keine Rolle.

Die Ausweise der deutschen Privatnotenbanken ergeben folgendes Bild (in 1000 M.):

	Notenumlauf am 31. 12. 17	31. 12. 18	Zu- bzw. Abnahme
Bayerische Notenbank.....	68 520	108 368	+ 39 848
Sächsische Bank.....	44 130	112 490	+ 68 360
Württemberg. Notenbank....	24 590	34 032	+ 9 442
Badische Bank.....	25 970	28 467)	+ 2 497
			+ 120 167

Besonders auffallend ist die Notenvermehrung bei der Sächsischen Bank, die Ende 1917 als einzige der vier Privatnotenbanken noch einen Rückgang von 10,47 Mill. M. auswies. Das Plus beträgt mehr als das Doppelte der Summe vom 31. 12. 1917. An zweiter Stelle steht die Bayerische Notenbank mit einer Vermehrung von 39,86 Mill. M., bei 68,52 Mill. M. umlaufenden Noten Ende 1917.

Für das Metallgeld kleiner und kleinster Stückelung sind nach Maßgabe der Prägeniffern, nachstehende Veränderungen festzustellen. Es waren im Umlauf

*) letzter Ausweis vom 7. 12. 1918.